

# Die Hietzinger Grünalternativen

Kultur im **Grünen**:

## WIE LANGE NOCH?

Der Würgegriff um die "Klimt-Villa" wird immer enger  
Zerstörungswut in der Feldmühlgasse geht weiter

Seite 4/5



### AUSSERDEM

Landtagswahl in Niederösterreich .....	Seite 2
Die Auswirkungen von GATS .....	Seite 3
Aktuelles aus Hietzing .....	Seite 6/7

## Liebe Leserin, lieber Leser!

**B**ei der Nationalratswahl am 24. November ist es den Grünen in Hietzing gelungen, das beste Bezirksergebnis aller Zeiten zu erreichen - sowohl nach absoluten Stimmen (4.600) als auch nach dem Stimmenanteil (15,07%). Auf diesem Wege möchten wir nochmals allen, die uns unterstützt haben, herzlich für ihr Vertrauen danken.

Der überraschend klare ÖVP-Wahlsieg hat zu neuen rechnerischen Mehrheiten geführt und zur Premiere "schwarz-grüner" Regierungsgespräche. Obwohl es vor allem in Wien Skepsis gab (nicht ganz unberechtigt, wie sich herausstellen sollte), wurde seitens der Grünen ernsthaft verhandelt. Es zeigte sich jedoch, dass Bundeskanzler Schüssel nicht bereit war, von seinem Kurs abzugehen: weder ein faires Pensionsmodell, das nicht zu Massenarbeitslosigkeit führt, noch eine ökologische Wende in der Verkehrspolitik zu Gunsten der Schiene waren zu erreichen. An den Studiengebühren hielt die ÖVP ebenso fest wie am Kauf der sündteuren "Eurofighter". Angesichts massiver Zusatzbelastungen und weiterer Einsparungen z.B. bei Kranken ist das Bestehen auf dieser 2 Milliarden Euro-Ausgabe völlig unverständlich.

Und was das Argument der Sorge um die junge Generation betrifft, das zur Rechtfertigung von Einschnitten im Pensionssystem immer wieder herhalten muss, so sei die ÖVP daran erinnert, dass der rücksichtslose Privatisierungskurs und die Untätigkeit Österreichs bei den GATS-Verhandlungen unseren Nachkommen eine viel größere Hypothek hinterlässt: öffentliches Vermögen, gewissermaßen das von den Nachkriegsgenerationen erarbeitete und mit Steuergeldern geschaffene "Familiensilber", wird bedenkenlos verscherbelt und dient künftighin der Gewinnmaximierung privater Konzerne.

Angesichts der nunmehrigen Fortsetzung des schwarz-blauen Belastungskurses werden sich viele WählerInnen, die am 24.11. Wolfgang Schüssel ihre Stimme in der Hoffnung auf einen Wechsel gegeben haben, fragen, warum überhaupt Neuwahlen vom Zaun gebrochen wurden. Einen Vorteil hat diese Ernüchterung wenigstens: Ein weiteres Mal wird den Ankündigungen der ÖVP wohl weit weniger geglaubt werden.

Ihre Anregungen sind uns wie immer willkommen. Sie erreichen uns telefonisch unter 4000/81 832 oder per E-Mail unter [hietzing@gruene.at](mailto:hietzing@gruene.at). Die grüne Bezirks-Homepage im Internet finden Sie unter <http://hietzing.gruene.at>.

Gerhard Jordan  
Bezirksrat und Klubvorsitzender



## NÖ: Grüner Kampf gegen schwarze Übermacht

**A**m 30. März finden in Niederösterreich Landtagswahlen statt. Die Grünen waren 1998 erstmals mit 4,49% der Stimmen und den Abgeordneten Brigid Weinzinger und Martin Fasan eingezogen. Landeshauptmann Pröll fehlte ein Mandat auf eine absolute ÖVP-Mehrheit. Diese droht diesmal, wenn die Grünen nicht gestärkt werden.

### Demokratiepolitischer Stillstand

Was die Fairness gegenüber kleinen Parteien betrifft, ist NÖ demokratiepolitisch weit zurückgeblieben. Nicht im Landtag vertretene Parteien und solche, die weniger als 3 Abgeordnete haben (also sogar die Grünen!) müssen in jedem der 21 Wahlkreise 50 beglaubigte Unterstützungserklärungen sammeln, um überhaupt kandidieren zu dürfen. Einzigartig in Österreich ist auch die Tatsache, dass die Grünen ihre überall, auch bei Nationalratswahlen, verwendete Kurzbezeichnung "GRÜNE" nicht verwenden dürfen, weil dieselbe in NÖ kein Wort ergeben darf. Zum "Drüberstreuen" hat eine Partei im Landtag erst ab 4 Mandaten Klubstärke, die Grünen müssen sich also verdoppeln - ein ambitioniertes Ziel angesichts der zahlreichen demokratiepolitischen Hürden.

### Die grünen Schwerpunkte

Mit der Hietzingerin Madeleine Petrovic, der langjährigen Klubobfrau im Nationalrat, haben die NÖ-Grünen eine landesweit bekannte und kompetente Spitzenkandidatin.

Das Programm, das unter dem Motto "Besser für Niederösterreich" steht, umfasst Themen wie Umwelt- und Naturschutz, Bio-Landbau und Stärkung der Regionen, aber auch sozialpolitische Themen und die EU-Erweiterung.

In der Energiepolitik fordern die Grünen eine Offensive bei den erneuerbaren Energien und ein Ende der EVN-Atomstromgeschäfte. Durch Ausweitung der Schutz-zonen sollen die letzten zusammenhängenden Naturräume vor Zersiedelung und Zerstörung bewahrt werden. Im Bereich Landwirtschaft wird eine Stärkung des Bio-Landbaus und des Konsumenten-

Innenschutzes verlangt. Der Privatisierung der Trinkwasserreserven wird ebenso eine Absage erteilt wie einer Verkehrspolitik, die ausschließlich auf Autobahnbau setzt. Statt dessen wird eine Verlagerung des Güter- und den Tagespendlerverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel verlangt.

### Jetzt Grüne stärken!

Wie die Hochwasserkatastrophe des Vorjahres gezeigt hat, rächt sich das dauerhafte Ignorieren umweltpolitischer Erfordernisse irgendwann. Deshalb ist es wichtig, jetzt eine noch größere schwarze Übermacht zu verhindern und die Grünen (Liste 4) zu wählen. Sollten Sie in Niederösterreich einen Zweitwohnsitz haben und am 30. März wahlberechtigt sein, unterstützen Sie bitte Madeleine Petrovic und ihr Team!

Nähere Informationen finden Sie auch unter <http://noe.gruene.at>



**GATS stoppen!** Mit dem Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen GATS (General Agreement on Trade in Services), das derzeit im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO verhandelt wird, droht ein gigantischer Raubzug gegen die öffentliche Daseinsvorsorge: Dienstleistungen, die bisher vom Staat oder von den Gemeinden für die Allgemeinheit erbracht wurden - wie Wasserversorgung, Gesundheitswesen, Bildung, öffentlicher Verkehr, Müllabfuhr, usw. - werden für private Anbieter geöffnet, denen nicht das Gemeinwohl, sondern ausschließlich der Gewinn wichtig ist. Die Folge für die BürgerInnen: teurere Leistungen und schlechtere Qualität. Die Wiener Grünen fordern daher: GATS stoppen! Bis Ende März sind Aktionen geplant - nähere Infos unter [dialog@gruene.at](mailto:dialog@gruene.at) und <http://wien.gruene.at> sowie <http://www.stoppgats.at>

## Mit Geheimdiplomatie zur neuen Weltwirtschaftsordnung?

**F**ast gänzlich unbemerkt von der politischen Debatte wird in der Welthandelsorganisation WTO an einschneidenden Veränderungen der Wirtschafts- und Arbeitswelt gefeilt. Die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen wie beispielsweise des Verkehrs-, Bildungs- und Gesundheitswesens ist nicht mit den bisher abschätzbaren Auswirkungen der Deregulierung der Gütermärkte vergleichbar. Damit wird nunmehr die öffentliche Grundversorgung und der Handlungsspielraum der Politik insgesamt "auf den Markt geworfen".

Soziale und ökologische Standards der Politik drohen künftig zum unerwünschten Hindernis des freien Dienstleistungsverkehrs zu werden. Unter dem Gesichtspunkt des "necessity test" muss bewiesen werden, dass technische Normen und Zulassungsverfahren keine unnötige Behinderung des Dienstleistungshandels darstellen. Ökologische und soziale Zielvorgaben, wie beispielsweise umweltpolitische Standards, Bauvorschriften, arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen oder Gesundheitsauflagen drohen durch die WTO an den Pranger gestellt zu werden. Erfahrungsgemäß würde das den Deregulierungsdruck verstärken und letztendlich zur Kapitulation der Politik vor wirtschaftlichen Sachzwängen führen.

Österreich ist in dieser Phase der Verhandlungen, wie alle EU-Mitgliedsländer, durch die Kommission repräsentiert. Die EU ist neben den USA der einflussreichste Teilnehmer am Verhandlungstisch der WTO. Das zuständige Bartenstein-Ministerium hat jedoch keine Einwände gegen die überwiegend liberalisierungsfreundliche EU-Positionierung erhoben und damit die Möglichkeit auf Einflussnahme über eine aktive Rolle in den EU-Institutionen vergeben. Eine Debatte zur österreichischen Positionsfindung im Parlament ist ebenso zu suchen, wie die öffentliche Darstellung der österreichischen Position überhaupt.

Eine Antwort auf fortschreitende globale Liberalisierungsprozesse kann aber nicht in einem neuen Protektionismus gefunden werden. Neben der Schaffung von Transparenz und Demokratisierung von WTO-Verhandlungsprozessen durch eine offene Informationspolitik gegenüber Medien und NGOs muss gewährleistet werden, dass die Politik ökologische und so-

ziale Handlungsspielräume behält. Zentrale öffentliche Dienstleistungen, wie Gesundheit, Bildung, Verkehrswesen und Umwelt sind kein Spielball für die Liberalisierungsbestrebungen multinationaler Konzerne!

Albert Steinhauser  
Landessprecher der Wiener Grünen

### Vom Risiko, eine Frau zu sein

**GATS macht auch vor den Systemen sozialer Sicherheit keinen Halt. Auch unser Pensionssystem soll privatisiert werden.**

**P**riate Pensionsversicherungen bauen auf dem Kapitaldeckungsverfahren auf, d.h., sie sind auf hohe Gewinne auf den freien Finanzmärkten angewiesen. Die versprochenen Renditen sind völlig unrealistisch. Außer: sie werden im Ausland erwirtschaftet - mit der Folge Finanzkrisen und Armut in Lateinamerika, Südasiens, Osteuropas; oder die Firmengewinne steigen überproportional - dann aber zu Lasten von Löhnen/Gehältern, Arbeitsbedingungen und Beschäftigtenstand; oder die Aktien sind stark überbewertet - was jederzeit zu Crashes bzw. Korrekturen führen kann. Aktuell etwa bei den ORF-PensionistInnen, deren Pensionskasse inzwischen ein Minus von knapp 17 Prozent schreibt.

Dafür steigen die Kosten: die Anbieter müssen sich in einen Wettbewerb begeben, das bedeutet teure Werbung; der Verwaltungsaufwand wird höher: in Chile sind es 20 bis 25, in der Schweiz 10 und bei unserer derzeit öffentlichen Pensionsversicherung 1,8 Prozent der Beitragszahlungen; der Arbeitgeber-Beitrag entfällt, d.h., es muss von den späteren BezieherInnen mehr eingezahlt werden; der Bundeszuschuss entfällt - und dennoch wird es für den Staat nicht billiger: Steuererleichterungen und Prämien für private Vorsorge, zusätzliche Arbeitslosigkeit, etc. belasten das Budget ebenso wie die "Sozialfälle", die weiterhin in der Obhut des Staates bleiben. Das angebliche demographische Problem besteht: wenn viele Menschen gleichzeitig in Pension gehen und damit ihre Aktien verkaufen müssen, werden die Pensionen niedriger oder verfallen ganz ...Die absoluten VerliererInnen sind die Frauen: aufgrund der höheren Lebenserwartung müssen Frauen höhere Beiträge als Männer einzahlen; Kindererziehungszeiten werden nicht mehr angerechnet; wer wenig verdient, kann nicht ausreichend ansparen, was zu hoher Altersarmut (siehe Großbritannien, Chile, etc.) führt. Kranke und arbeitslose Menschen können gar nichts einzahlen - und bekommen auch nichts.



Es profitieren die private Versicherungswirtschaft, die UnternehmerInnen, die sich Beiträge ersparen und PolitikerInnen, die sich der Verantwortung für die Pensionsvorsorge entledigt glauben.

Kludia Paiha  
Arbeiterkammerrätin der AUGE  
(Alternative und Grüne GewerkschafterInnen)

# “Klimt-Villa” und Umgebung: Paradies für Baulöwen?

## Zerstörungswut in der Feldmühlgasse geht weiter

**A**ls Gustav Klimt (1862-1918), einer der berühmtesten Maler des frühen 20. Jahrhunderts, um 1912 sein neues Atelier in der Feldmühlgasse 11 bezog, lag dieses am Rande des Dorfes Unter St. Veit, abgetrennt und in einem großen Garten, der sich nahezu von der Hietzinger Hauptstraße bis zur Auhofstraße erstreckte. Ein Freund, der Maler Felix Albrecht Harta (1884-1967) durfte ihm den Ort vermittelt haben und zog selbst im Jahr 1916 in das ebenerdige Haus in der Feldmühlgasse 12. Auch Egon Schiele, der Klimt sehr nahe stand, war in den letzten Jahren nicht weit entfernt tätig, in der Hietzinger Hauptstraße. In der Feldmühlgasse, wo einige der berühmtesten Gemälde Klimts entstanden, könnte man also wohl von einem "genius loci" sprechen.

Die für die österreichische Kunstgeschichte so bedeutenden Ereignisse gerieten in Vergessenheit, bis in der 2. Hälfte der 1990er-Jahre durch Zufall der Beweis erbracht werden konnte, dass sich in der Feldmühlgasse tatsächlich Klimts letztes

Atelier befunden hatte (das ebenerdige Gartenhaus war in den Jahren 1922 und 1923 aufgestockt und verändert worden). Interessierte AnrainerInnen waren sich der kulturellen Bedeutung ihres "Grätzls" sehr schnell bewusst und versuchten dieses zu erhalten und zu beleben. Ungefähr zur gleichen Zeit begann nämlich eine Bautätigkeit, die das einstige Ensemble immer mehr einschnürte - ein Prozess, der leider bis heute in vollem Gange ist und zu Besorgnis Anlass gibt.

Im Jahr 1998 ging es um die Widmung einer "Seniorenresidenz" am Nordende des Grundstückes, an der Auhofstraße 51-55 (Plandokument Nr. 7154). Es bildete sich eine Bürgerinitiative gegen die Verbauung, aus der 1999 der parteiunabhängige und äußerst aktive "Verein Gedenkstätte Gustav Klimt" (<http://www.klimt.at>) entstand. Da sich Anzeichen mehrten, dass nördlich der "Klimt-Villa" wahrscheinlich keine Anlage für SeniorInnen entstehen würde, stimmten im Gemeinderat am 30. November 1998 nur SPÖ und ÖVP dem Plandokument zu. Und siehe da - seither errichteten drei Bauträger, davon

zwei ÖVP-nahe, ganz normale Wohnungen. Die Lage am "Klimt-Park", der allerdings wegen der Bauwut rundherum immer kleiner wird, mag deren Wert noch steigern.

An der Westseite der Feldmühlgasse waren in den 1990er-Jahren weitere Bauten errichtet worden, die dem ursprünglichen Ensemble nicht unbedingt entsprachen.

### Das "Harta-Haus"

Felix Albrecht Harta (s.o.) wohnte, wie schon erwähnt, in dem ebenerdigen Biedermeier-Haus Feldmühlgasse 12, an der Ostseite der Gasse. Dieses Haus stand am 5. November 2001 auf der Tagesordnung der Sitzung des Wiener Altstadterhaltungsfonds (in dem Wiener GemeinderätInnen und Beamte sitzen). Gegen die Stimmen von Grünen, FPÖ und ÖVP beschloss die SPÖ die "wirtschaftliche Abbruchreife", obwohl das Haus in einer Schutzzone lag und obwohl ein Gutachten von Architekt Univ.-Prof. Dr. Wehdorn ursprünglich die Erhaltung des Straßentrak-



Das "Harta-Haus"  
(links), von der  
Gartenseite gesehen.

tes aufgrund seines historischen und städtebaulichen Wertes empfohlen hatte. Prof. Wehdorn änderte dann jedoch jäh seine Meinung. Auch ein einstimmiger Beschluss der Hietzinger Bezirksvertretung vom 5. Dezember 2001, die Entscheidung über die wirtschaftliche Abbruchreife wieder aufzuheben, wurde von der Rathaus-SPÖ ignoriert. Am 4. Dezember 2002 fand die Bauverhandlung über den Neubau statt. Die zum "Haselsteiner-Imperium" gehörende STRABAG (die Firma war übrigens im November 2002 in den Medien, als ein von ihr beauftragtes Subunternehmen an die Arbeiter, die an der Instandsetzung der Fassade des NIG arbeiteten, keine Löhne auszahlte) wird eine Anlage mit 7 Wohnungen und 15,90 Metern Firsthöhe errichten (gültige Widmung ist Bauklasse II mit 10,5 Metern Traufenhöhe), wobei durch die Tiefgaragenplätze der gesamte Garten ausgeschachtet wird, was den Verlust von mindestens 8 Bäumen, einige davon auf Nachbargrundstücken, zur Folge haben wird. Die für das Ortsbild zuständige MA 19 hatte keinen Einwand, da sich der Bauwerber, der sich weder in der Höhe noch in der Fassadengestaltung an dem nördlich angrenzenden Biedermeier-Ensemble orientiert, auch in der Schutzzone "für einen modernen Bau entscheiden" dürfe. Nach einer Vertagung beschloss der Bezirksbauausschuss letztlich am 17.2. mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ eine §69-Ausnahme (Staffelgeschoss) für diesen Bau.

### Das "Maculan-Haus"

Kulturhistorisch wesentlich interessanter als das "Harta-Haus" war das sogenannte "Maculan-Haus" in der Feldmühlgasse 9, unmittelbar südlich des Areals der "Klimt-Villa". Das Haus stammte aus der selben Zeit wie Klimts Atelier-Gebäude (errichtet bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts) und hatte sich das Aussehen seit der "Klimt-Zeit" nahezu unverändert bis zu seinem Abriss bewahrt. Die Familie des derzeitigen (Stand: Anfang März 2003) Grundeigentümers, Bauunternehmer DI Alexander Maculan, erwarb laut Grundbuch zwischen 1939 und 1942 die Liegenschaft, die davor in jüdischem Besitz war. Im Jahr 1995 kam es zu zwei Umwidmungen (Plandokumente Nr. 6356 und 6838), die zweite (Beschluss der Bezirksvertretung vom 29.11.1995) als "unwesentliche Abweichung", die einen zusätzlichen Trakt in Bauklasse I nach Osten ermöglichte. Im Jahr 1999 kam der nördlichste Zipfel des bestehenden Althauses zur Schutzzone (Plandokument Nr. 7256,



Das blieb vom  
"Maculan-Haus"  
(Juli 2002)

beschlossen vom Gemeinderat am 2. Juni 1999), wenige Monate darauf der Rest (PD 7285, beschlossen vom GR am 17. März 2000). In einer Nacht- und Nebelaktion wurde das Haus am 28./29. Juni 2002, an einem Freitag Nachmittag und Samstag zu Ferienbeginn, illegal abgerissen. Die Strafe für die ausführenden Firmen betrug lächerliche 4.620 Euro. Weitere Konsequenzen wie etwa eine Bausperre sind gesetzlich nicht vorgesehen. Wie "zur Belohnung" darf nun auf dem Gelände, unter Ausnutzung der bereits bestehenden Widmung, ein Riegel mit 40 Wohnungen und rund 15 Metern Firsthöhe errichtet werden (Bauwerber: SÜBA). Damit bleibt von dem einstigen Ensemble eigentlich nur noch die "Klimt-Villa" selbst übrig.

### "Klimt-Villa": Gefahr im Verzug?

Um wenigstens das Areal der eigentlichen "Klimt-Villa" mit dem Garten (Feldmühlgasse 11) für Bauspekulation unattraktiv zu machen, brachten die Grünen für die Bezirksvertretungssitzung am 19. Februar 2003 einen Antrag ein, der eigentlich ein All-Parteien-Antrag hätte werden sollen - wenn ÖVP und SPÖ mitgegangen wären. Er hatte einen Schutz des Areals durch eine Rückwidmung (Abzonung) zum Ziel. U.a. wurde eine Änderung der (10,5 Meter-)Bauhöhe des knapp 4 Meter hohen Flachbaus (ehemalige Schul-Expositur) neben der Villa auf den derzeitigen Bestand verlangt, ein Schutz des Gartens durch eine Widmung als "Epk" (Parkanlage) und die Verhängung einer sofortigen Bausperre bis zum Abschluss einer solchen Umwidmung. Bei einem Verkauf der im Besitz des Bundes befindlichen Liegenschaft könnte ein Bauträger gleich neben der "Klimt-Villa" nach der derzeiti-

gen Widmung (Bauklasse II mit 10,5 Metern Traufenhöhe) einen ebensolchen Riegel errichten wie die STRABAG auf Nummer 12. Die zu erwartenden (Pflicht-)Garagenplätze würden wahrscheinlich den Großteil des baumbestandenen Gartens, der Klimt im Jahr 1912 für eines seiner Bilder sogar als Motiv diente, zerstören. Eine Abzonung auf die bestehende Höhe von 4 Metern würde hingegen eine Zerstörung wirtschaftlich uninteressant machen, da bei einem Abriss des derzeitigen Flachbaus nicht höher gebaut werden dürfte.

ÖVP und SPÖ zogen es (im Gegensatz zu FPÖ-Betriebsrätin Brigitte Ofner) leider vor, den Antrag nicht mitzutragen, sondern ihn dem Bauausschuss zuzuweisen, was im günstigen Fall eine Verzögerung der Entscheidung um Monate bringt und eine angemessene politische Reaktion des Bezirkes auf die aktuellen Ereignisse verhindert; im ungünstigen Fall droht ein "Begräbnis erster Klasse".

Erfreulich ist, dass wenigstens der zweite Antrag zur Causa, gestellt von BR Jordan (GRÜNE), BV-Stellvertreterin Drlik (ÖVP) und BRin Ofner (FPÖ), einstimmig angenommen wurde: Er enthält eine Aufforderung an den Bund (als Grundbesitzer), das Areal nicht zu verkaufen. Allenfalls, so heißt es in der Begründung, sei eine Eigentumsübertragung an die "Gemeinnützige Österreichische Baukultur-Privatstiftung", deren explizites Ziel die Erhaltung baukulturellen Gutes ohne Gewinnabsicht ist, unterstützenswert.

Die Zukunft der "Klimt-Villa" und ihres Gartens ist also ungewiss, für Spannung in den nächsten Monaten ist gesorgt. Wir hoffen, dass sich Vernunft und politische Verantwortung gegen Gewinnstreben "5 vor 12" doch noch durchsetzen.

Gerhard Jordan

## Hilfe für Flüchtlingsfamilie

In der November-Nummer unserer Zeitung berichteten wir über das Schicksal der afghanischen Flüchtlingsfamilie Nasiri. Vater Towfigh, Tierarzt, und Mutter Jawide, Lehrerin, mussten mit ihren drei kleinen Töchtern vor den Taliban, die bereits zwei Verwandte ermordet hatten, aus Kabul fliehen und kamen vor drei Jahren nach Österreich. Sie leben im Flüchtlingsheim der "Volkshilfe" in der Joseph-Lister-Gasse beim Hörndlwald. Obwohl sie in Bundesbetreuung sind, warten sie nach wie vor auf einen positiven Abschluss ihres Asylverfahrens. Die Ungewissheit ist eine sehr große psychische Belastung.

Unser Bericht hat einige positive Reaktionen ausgelöst. Die Gattin eines Universitätsprofessors hat sich bereit erklärt, mit dem Ehepaar Deutsch zu üben und ihm einen zweimonatigen internationalen

Hochschulkurs gratis vermittelt. Ein Leser unserer Zeitung hat Herrn Nasiri einen Job als Tierarzt-Helfer angeboten, den dieser annehmen kann, sobald sein Asylverfahren abgeschlossen ist und er eine Arbeitserlaubnis bekommt (bis dahin darf er lediglich 15 Stunden pro Woche bei der MA 48 arbeiten). Ein in Hietzing lebender Arzt aus Schweden hat Kontakt hergestellt und Unterstützung vom sehr aktiven schwedischen Afghanistan-Komitee in Aussicht gestellt. Auch Spenden gingen auf unser Konto ein, die wir Herrn und Frau Nasiri Ende Februar überreichen konnten.

Wir möchten uns an dieser Stelle, auch im Namen von Familie Nasiri, für die Hilfsbereitschaft der SpenderInnen herzlich bedanken. Es bleibt zu hoffen, dass endlich auch die Behörde so entgegenkommend ist und der leidgeprüften Familie durch einen positiven Bescheid die endgültige Integration in Wien ermöglicht.

Albert Hirl



Bezirksrat Albert Hirl überreicht Familie Nasiri die Spenden unserer LeserInnen.

## Kanalbau in Ober St. Veit

Bei der Bezirksvertretungssitzung am 4. Dezember beantragte Grün-Bezirksrätin Brigitte Roth, den Bereich der oberen Gemeindeberggasse entlang des Ober St. Veiter Friedhofs bis zum Hanschweg möglichst bald an das Kanalnetz anzuschließen. Obwohl die ÖVP dagegen stimmte, wurde der Antrag mehrheitlich angenommen. In einer Antwort vom 28. Jänner 2003 teilte Umweltstadträtin Kossina mit, dass der Kanalanschluss in diesem Bereich bisher erst im Jahr 2010 vorgesehen war. Sollten sich jedoch zusätzliche Mittelzuflüsse aus der "Cross Border Leasing"-Transaktion ergeben, werde das Projekt auf 2004 vorgezogen. Leider ein schwacher Trost, da es sich bei "Cross Border Leasing" (Ver- und Zurückleasen des Kanalnetzes an einen US-Investor) um eine bedenkliche Vorgangsweise handelt, deren scheinbare Vorteile sich auf lange Sicht als trügerisch erweisen könnten.

## Tempo 30 in Hietzing

In zwei Gassen von Ober St. Veit, nämlich der Erzbischofgasse und der Einsiedeleigasse, wünschen sich AnrainerInnen schon seit Jahren eine Verkehrsberuhi-

gung, zumindest aber eine Beachtung der Tempo 30-Beschränkung durch Auto fahrende Zeitgenossen. Im Fall der Einsiedeleigasse sorgt der Durchzugsverkehr und ein Bereich mit Kopfsteinpflasterung, was den Lärm erhöht, für zusätzlichen Unmut. Bezirksrat Gerhard Jordan hat beide Anliegen in der Verkehrskommission zur Sprache gebracht. Die Antwort: Es werde wohl regelmäßig überwacht, mehr Kontrollen seien jedoch nicht möglich, da in Hietzing insgesamt 92 Kilometer Tempo-30-Straßen existieren. Eine konkrete Maßnahme: In der Erzbischofgasse wird der Vorsitzende der Verkehrskommission gemeinsam mit einem Vertreter der Polizei und mit AnrainerInnen im Frühjahr einen Lokalausweis machen. Wir sind gespannt, ob es zu Lösungen kommen wird.

## Grünfläche von Tafel "befreit"

Im Spätherbst des Vorjahres stellte ein Bauträger eine großflächige Werbetafel aus Blech in der öffentlichen Grünfläche Ecke Speisinger Straße/Gallgasse auf, auf der frei finanzierte Eigentumswohnungen beworben wurden. Die Grünfläche wurde durch die Tafel derart verschandelt, dass die Grünen eine Anfrage stellten, ob die Aufstellung überhaupt gemäß § 71 Bauordnung genehmigt worden war, zumal andere Privatfirmen dann wohl ähnlich handeln würden. Es stellte sich jedoch heraus, dass keine Genehmigung vorlag, und die Tafel wurde noch am Tag der Bezirksvertretungssitzung (4. Dezember 2002) entfernt.



Grünfläche Speisinger Straße/Gallgasse Anfang Dezember: Heute kein "Tafel-Spitz" mehr.

## Zu viel Streusplitt

Eine Anregung von Alt-Bezirksrätin Ingrid Risha aufgreifend, beantragten die Grünen bei der Hietzinger Bezirksvertretungssitzung am 19. Februar 2003, dass der Streusplitt auf der (stark frequentierten) Kennedybrücke nach dem Abtauen des Schnees im Winter häufiger weggekehrt werden solle. Vor allem für Kinder kann die Belastung durch den oft noch tagelang vorhandenen schwermetallhaltigen Staub gesundheitgefährdend sein. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.



**Nach Abtauen des Schnees: Streusplitt-Staub auf der Kennedybrücke.**

## Rodungen im Lainzer Tiergarten?

Verwunderung herrschte in der Sitzung des Umweltausschusses am 24. Februar über einen Akt der MA 49 (Forstamt), in dem diese um Bewilligung für die Rodung von 14.200 Quadratmetern Waldes (mit ca. 20 Jahre altem Baumbestand) im Bereich der ehemaligen Hochmaiswiese im Lainzer Tiergarten ansuchte. Eine der Begründungen: die "Sichtbarkeit der Wildtiere für Besucher zu erhöhen". Da abzusehen war, dass sich im Ausschuss keine Mehrheit finden würde, vertagte der Vorsitzende (ÖVP) den Akt. Eine grüne Zustimmung wird es auch beim nächsten Mal nicht geben. Gerade der Lainzer Tiergarten stellt ein wichtiges Sauerstoff-Reservat dar, das ein Gegengewicht zur Westautobahn bildet, daher sollten die Bäume erhalten werden.

## Meytensgasse: Grün-Erfolg!

Vor einem Jahr, am 20. Februar 2002, beantragten Grüne und Liberales Forum eine Erneuerung des Fahrbahnbelags auf dem östlichen Abschnitt der Meytensgasse, die dort von gleich drei Buslinien befahren wird. Der Antrag wurde dem Finanzausschuss zugewiesen, und vor wenigen Wochen wurde der Belag erneuert. Zur Freude der AnrainerInnen gibt es jetzt wenigstens kein störendes "Rumpeln" mehr, wenn die Busse vorbei fahren.



**Grün-Antrag wurde umgesetzt: Neuer Straßenbelag in der Meytensgasse.**

## Verkehrskonzept Wienerwald präsentiert

**D**er im Jänner 2003 veröffentlichte Bericht "Regionales Verkehrskonzept Westlicher Wienerwald", ausgearbeitet vom Zivilingenieurbüro Dipl.-Ing. Dr. Sepp Snizek im Auftrag der MA 18, der NÖ Landesregierung und des Verkehrsverbund Ostregion, sorgt für Diskussionen. Zum Thema "Errichtung von Park & Ride-Anlagen" heißt es darin wörtlich:

*"Der Vorschlag der Errichtung von P&R-Anlagen in Purkersdorf, Hadersdorf-Weidlingau und Auhof wurde von der Arbeitsgruppe nicht weiter verfolgt, weil man überein gekommen ist, dass P&R-Anlagen grundsätzlich an der Quelle der*

*Fahrt bzw. möglichst nahe davon zu situieren sind. Solche Anlagen am Stadtrand von Wien verringern den Verkehr im Umland nicht und haben zusätzliche Kosten der ÖV-Erschließung zur Folge."*

Dies ist eine Position, die die Grünen seit Jahren vertreten. Es ist erfreulich, dass nun auch von Expertenseite bestätigt wird, dass das Hereinziehen von Autoverkehr durch P&R-Anlagen in die Stadt nichts bringt und teuer ist. Fast logisch, dass die ÖVP versucht, das Konzept als "Schildbürgerstreich" abzuqualifizieren.

Zu Unrecht: Die Studie zeigt konkrete Wege auf, wie man den Zielen einer besseren ÖV-Versorgung und damit auch dem Klimaschutz näher kommen kann. Eine konkrete Umsetzung ist z.B. der bereits vor einem Jahr eingeführte Nachtbusbetrieb von der U4-Endstelle Hütteldorf nach Pressbaum bzw. Rekawinkel. Vorgeschlagen werden auch eine Verbes-

serung der Busverbindungen in den Wienerwaldgemeinden, die stufenweise Verbesserung und Vertaktung des Zugangebotes auf der Westbahn (im Zusammenhang mit dem Bau des Lainzer Tunnels und dem viergleisigen Ausbau der Westbahnstrecke) und die Beschleunigung der Regionalbusse durch Kaphaltestellen in der Linzer Straße, eine besser abgestimmte und lesbarere Fahrplangestaltung sowie die Verbesserung der Qualität der Haltestellen.

Angesichts der völlig unzureichenden und mangelhaften Untersuchung möglicher Volksgaragenstandorte im Zentrum Hietzing, auf die sich der Hietzinger Bezirksvorsteher bei seiner Forderung nach dem Standort beim Steinitz-Hof beruft, stellt sich ernsthaft die Frage, welche genauen wissenschaftlichen Qualitätsansprüche die ÖVP eigentlich an Studien anzulegen pflegt.

G.J.

**BUCHTIPPS**

**Axel Grunt: VERWENDUNGSZUSAGE... ein Sittenbild der Planungspolitik.**

**Eigenverlag Grüner Klub im Rathaus, Wien 2003, 72 Seiten, 7 €**

Ein Jahr lang beschäftigte sich erstmals eine gemeindefürliche Untersuchungskommission mit der Flächenwidmungspraxis in Wien, nachdem die ehemalige MA 21B vom Kontrollamt scharf kritisiert wurde:

“Die im vorliegenden Bericht des Kontrollamtes getroffenen Feststellungen zeigen, dass die MA 21B den Gemeinderat zwecks Umsetzung subjektiver Interessen Dritter unter Inkaufnahme bedenklicher Verfahrensschritte und unter bewusst einseitiger, unvollständiger - teilweise sogar unrichtiger - Berichterstattung dazu bringen wollte, die vorgelegten Plandokumente zu beschließen...”

Um ähnliche Zitate nicht im Rathaus verstauben zu lassen, wurden die Vorgänge lesbar zusammengefasst. Ein erhellen-des Buch auch für HietzingerInnen, die sich schon oft ge-wundert haben, wie Widmungen in ihrem Bezirk zu Stande kommen.

Bestellt werden kann das Buch im Grünen Rathausklub, Tel. 4000/81832.

**Georg Breuer: Rückblende. Ein Leben für eine Welt mit menschlichem Antlitz.**

**novum Verlag, Wien 2003, 282 Seiten, 17,80 €**

Georg Breuer, geboren 1919 als Sohn jüdischer Eltern, blickt in dem Buch auf sein Leben zurück. Schon als Mittelschüler in einer linken Oppositionsgruppe gegen das Ständestaat-Regime politisch tätig, gelang ihm 1938 die Flucht vor den Nazis. In der Emigration in England war er Mitglied der Gruppe “Young Austria”, während seine spätere Frau Rosl und ihre Familie in Wien im Widerstand waren.

Als Mitglied der KPÖ begann sich Breuer zunehmend von der Parteilinie zu entfernen, 1968 führte der Einmarsch in der CSSR zum Bruch. Er gründete 1973 das CSSR-Solidaritätskomitee, das bis 1990 über 1 Million Schilling für Verfolgte in der CSSR sam-melte.

Schon in den 1960er-Jahren war Breuer einer der Organisatoren der Ostermarschbewegung gewesen. Sein Engagement für Frieden und Menschenrechte und gegen die atomare Bedrohung dauert bis heute an.

Das Buch zeigt anschaulich, wie einzelne, human gesinnte Men-schen mit Engagement auch ohne große Ressourcen Einiges bewege-n können.

**Treffen der Bezirksgruppe jeden 1. und 3. Mittwoch des Monats um 19.30 Uhr beim „Lustigen Radfahrer“ in der Rohrbacherstr. 21. Wir freuen uns auf Ihr Kommen! <http://hietzing.gruene.at>**

**WUSSTEN SIE**, dass Hietzing nach dem endgültigen Ergebnis der Volkszählung 2001 nur noch 49.574 EinwohnerInnen mit Hauptwohnsitz hat? Dies ist ein Rückgang um 9,7 Prozentpunkte gegenüber 1991, gemeinsam mit Wieden der höchste aller Bezirke! Kein Wunder: Erschwingliche Wohnungen werden im 13. Bezirk keine mehr gebaut, und Spekulationsobjekte können sich viele junge Menschen nicht leisten. Also wandern sie ab. Auch die Bezirksvertretung wird bei der nächsten Wahl auf Grund dieses Aderlasses um 2 Mandate verkleinert sein (40 statt bisher 42) - vielleicht zu Lasten jener Kräfte, die für die verfehlte Wohnbau-politik verantwortlich sind...

**Sprechstunden der grünen BezirksrätInnen: Nach Vereinbarung (Tel. 4000/81832).**

**Die nächste Sitzung der Hietzinger Bezirksvertretung findet am Mittwoch, den 2. April um 18 Uhr im Großen Festsaal des Amtshauses (1130, Hietzinger Kai 1-3) statt. ZuhörerInnen sind willkommen.**

Die Hietzinger Grünalternativen Nr.1, März 2003: **bei Unzustellbarkeit an: Die Grünen Hietzing, Postfach 268, 1131 Wien, Zulassungsnummer: GZ02Z031850M, Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt: 1070 Wien, P.b.b.**

- Bitte schicken Sie mir Ihre Zeitung regelmäßig zu.
- Bitte nehmen Sie mich in Ihren Verteiler für den grünen “E-Mail-Newsletter” auf.
- Ich möchte bei den Hietzinger Grünen mitarbeiten.
- Ich möchte Unterstützer/in der Hietzinger Grünen werden.

Name:

Adresse:

Tel.:

E-Mail:

**Postgebühr zahlt Empfänger**

An die  
Grüne Alternative  
Bezirksgruppe Hietzing  
Postfach 268  
1131 Wien

An einen Haushalt